Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 120 Mark. Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 59. Telegramme: Tageblatt Auererzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 12.00 Mark, auswärtige Anzeigen 18.00 Mark, Reklame-Petitzeile 60.00 Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 243 — Dienstag, den 17. Oktober 1922 — 17. Jahrgang

Sozialpolitischer Rückblick.

Das Reichsmietengesetz hat keineswegs zu einer befriedigenden Regelung der Miet- und Wohnungsfrage geführt. Vielmehr sind die Klagen über die komplizierte Berechnungsweise der Mieten heute allgemein, und die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich die Grundsätze des Reichsmietengesetzes bei der praktischen Anwendung schließlich als undurchführbar erweisen werden. Dazu kommt, daß der Verfall der Mietshäuser weiter fortschreitet, weil auch die Gesamtheit der Mieter wirtschaftlich nicht in der Lage ist, mit ihren Zuschüssen in seit Jahren vernachlässigten Wohnhäusern die notwendig gewordenen Reparaturen bei den heutigen Baukosten ausführen zu lassen. Die Wohnungsschwierigkeiten, die heute kaum mehr einer gerechten und alle Beteiligten befriedigenden Lösung zugeführt werden können, bilden längst kein lediglich deutsches, sondern ein internationales Problem. Die Wohnungsnot ist in allen Ländern eine Kriegsfolge geworden, auch in den neutralen. Der geplante internationale Wohnungskongreß hat auf lange Zeit hinaus verschoben werden müssen. Im Jahre 1913 hat der letzte internationale Wohnungskongreß im Haag abgehalten werden können. In Deutschland hat der Verein für Sozialpolitik vor kurzem in Eisenach eine Jubiläumstagung abgehalten und sich besonders mit den heutigen wirtschaftlichen Grundlagen der Sozialpolitik beschäftigt. Der Krieg hat uns — das war das Endergebnis des Referats von Prof. Philipp Stein — so arm gemacht, daß die notwendigen wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Sozialpolitik nicht mehr in ausreichendem Maße vorhanden sind. In den Arbeitsgemeinschaften und in den Betriebsräten erblickte Prof. Stein die beiden wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit. Man darf wohl hinzufügen, daß der Segen der Schaffung der Betriebsräte sich erst noch in der Zukunft erweisen muß, heute aber noch scharf umstritten ist, während die Arbeitsgemeinschaften von links her scharf befehdet werden. Die Neuregelung der Beamtenbesoldung hat diesmal zu recht wichtigen grundsätzlichen Auseinandersetzungen geführt. In Bezug auf die Gehaltsätze und die Teuerungszuschläge ist das Reichskabinett in seinen Beschlüssen weit entgegengekommen. Auch die sogen. sozialen Besoldungsbestandteile, wie Kinderzuschläge, Pensionen Witwengelder usw. sind, dem Wunsch des Reichstages entsprechend, wesentlich erhöht worden. Dagegen hat über den dringenden Wunsch der Reichsregierung, die zu gering gewordene Spannung zwischen den Bezügen der unteren und der höheren Beamten in angemessener Weise zu vergrößern, eine Einigung mit den Gewerkschaften und einem Teile der Beamtenverbände leider nicht hergestellt werden können. Die Nivellierung der Gehälter und Löhne hat aber heute auf fast allen Gebieten einen solchen Umfang angenommen, daß der Anreiz zum Erwerb besserer Bildung, höherer Fachkenntnisse und zu jedem beruflichen Vorwärtsstreben überhaupt auf die Dauer geradezu ertötet werden muß. Eine größere Differenzierung in den Bezügen der qualifizierten Beamtengruppen muß diesmal unbedingt durchgesetzt werden, schon um dadurch Industrie und Handel, wo ähnliche Mißstände sich eingenistet haben, ein besseres Vorbild zu bieten. Einen kleinen Fortschritt auf diesem Gebiete stellt auch die nunmehr mit Rücksicht auf die außergewöhnlichen wirtschaftlichen Verhältnisse im preußischen Justizdienst widerruflich erfolgte Gewährung laufenden Unterhaltungszuschüsse für die Referendare dar. Höhere Bildung und bessere Kenntnisse waren bisher der Hauptvorzug der Deutschen im internationalen Wettbewerb, und dieser muß auch in dem jetzigen Währungszusammenbruch nach Möglichkeit erhalten werden, wenn wir auf eine bessere Zukunft nicht verzichten wollen.

Verschiebung der Reichspräsidentenwahl.

Gestern vormittag fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers die von uns angekündigte Besprechung der Fraktionsführer der Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei und der Bayrischen Volkspartei über die Wahl des Reichspräsidenten statt. An der Sitzung nahm auch der stellv. Reichskanzler Bauer, Reichsminister Köster und Reichstagspräsident Löbe teil.

Der Vertreter der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann machte in längeren Ausführungen die Bedenken geltend, die seine Partei gegen die Vornahme der Wahl am vorgesehenen Termine hat. Die Vertreter der übrigen, in der Sitzung anwesenden, bürgerlichen Parteien schlossen sich — entsprechend ihrer Stellungnahme in der früheren Aussprache des Gesamtkabinetts — diesen Bedenken an, die zurückzustellen sie sich nur bereiterklärten, wenn die Verschiebung der Wahl aus verfassungsmäßigen Gründen unmöglich wäre. Der Vertreter der Sozialdemokratie lehnte es im Namen seiner Fraktion ab, dem Vorschlag einer Aufschiebung der Wahl und damit einer Verlängerung der provisorischen Stellung des Reichspräsidenten zuzustimmen. Seine Partei sei nach wie vor für die Vornahme der Wahl an dem vorgesehenen Termin. Nur ein verfassungänderndes Gesetz, das die provisorische Stellung des derzeitigen Reichspräsidenten in ein verfassungsmäßiges Definitivum umwandle, könne, da die Entscheidung dem Reichstage zustände, die Lage ändern. Ob seine Fraktion diesen Weg betreten werde, lasse er dahingestellt sein. Der Reichskanzler stellte fest, daß die Aussprachen in den Parteien insofern eine neue Situation geschaffen habe, als die beteiligten Führer der Parteien nochmals den Versuch unternommen hätten, die Wahl in kurzer Frist zu vermeiden. Durch die Erklärung der Sozialdemokratie sei jedoch der Vorschlag der Deutschen Volkspartei, den Wahltermin hinauszuschieben, hinfällig geworden. Die Parteivertreter erklärten darauf, sie würden über eine Lösung der Situation durch ein verfassungänderndes Gesetz mit ihren Fraktionen Rücksprache nehmen. Die Aussprache wurde darauf vertagt.

•

Reichspräsident Ebert ist bekanntlich von der Nationalversammlung in Weimar gewählt worden, ehe die Verfassung beschlossen wurde. Die Verfassung bestimmt in Artikel 41, daß der Reichspräsident vom ganzen deutschen Volke gewählt werden soll und daß das nähere ein Reichsgesetz zu bestimmen hat. Nach Artikel 43 soll das Amt des Reichspräsidenten sieben Jahre dauern. Die Tendenz des Vorschlages, durch ein verfassungsänderndes Gesetz, das Provisorium des gegenwärtigen Reichspräsidenten in ein verfassungsmäßiges Definitivum zu verändern, geht offenbar dahin, die Wahl des Reichspräsidenten durch die Nationalversammlung als eine solche anzusehen, die für die volle Amtsdauer erfolgt sei, so daß sie bis zum Jahre 1926 zu dauern hätte. Eine neue Wahl würde also nicht bis 1924, sondern bis 1926 hinausgeschoben werden. Man nimmt an, daß sich auf diesem Vorschlag nicht nur Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten, sondern — trotz ihres Widerspruches in der heutigen Besprechung mit dem Reichskanzler — auch die Sozialdemokraten einigen werden.

Rechtsstaat oder Gewaltstaat?

Die weiteren Einzelheiten, die über die Vorgänge in Berlin anläßlich einer Versammlung des „Bundes für Freiheit und Ordnung" bekannt werden, sind so ungeheuerlich, daß sie Parlamente und Gerichte sehr eingehend werden beschäftigen müssen. Aus dem Bericht eines Augenzeugen, der im „Berl. Lokalanzeiger" zu Wort kommt, tragen wir das Folgende nach:

„Zwischen 7 und 8 Uhr morgens vollzog sich der Anmarsch der 12 mobilisierten bewaffneten Kolonnen der Kommunisten. Streng militärisch waren, wie festgestellt wurde, die einzelnen Abteilungen, zum Teil unter sowjetrussischer Führung, organisiert. Fliegende Sanitätsabteilungen mit Sowjetsternen deuteten darauf hin, daß es auf ein Schlimmstes abgesehen war. Von irgend welchen Schutzmaßnahmen der Polizei war noch nichts zu bemerken. Indessen war es rund 200 Versammlungsteilnehmern, Arbeitern und Bürgern, gelungen, den Zirkus und seine Eingänge zu besetzen. Kurz nach 8 Uhr erfolgte der Generalsturm der auf etwa 4000 Mann zu schätzenden Kommunisten. Unter Verlusten auf seiten der Versammlungsteilnehmer wurde der Sturm abgeschlagen. Von der Polizei waren inzwischen zwei Mann erschienen, die völlig machtlos waren. Faustgroße Steine sausten gegen die kleine Schar. Mit Dolchen, Stemmeisen, gestohlenen Zaunlatten, Totschlägern, Brechstangen und anderen Verbrecherwerkzeugen wurde auf die den Zirkus verteidigenden Arbeiter und Bürger in rohester, unmenschlicher Weise eingeschlagen. Die telephonisch immer wieder durch den Stadtverordneten Kube angeforderte Polizei erschien nicht. Zwölf schwerverletzte Versammlungsteilnehmer und 26 Leichtverletzte blieben auf dem Platze. Verschiedene wurden ins Wasser geworfen. Ein Schutzpolizeibeamter brach blutüberströmt zusammen.

Vor dem Zirkus und in seiner weiteren Umgebung bis zum Lustgarten und zum Hackeschen Markt spielten sich ähnliche Szenen empörender Roheit ab. Die Organe der Polizei erklärten sich immer wieder nicht für zuständig. Wiederholt wurde festgestellt, wie Russen die Massen immer wieder aufhetzten, ihnen Geld, Tabak, Zigaretten und anderes zusteckten und dadurch immer neue Gewalttaten provozierten.

Soweit der Bericht des Augenzeugen im „Berliner Lokalanzeiger". Es ist ein ganz unerhörter Vorgang, daß russische Bolschewisten in der Reichshauptstadt das lichtscheue Gesindel zu Mord und Totschlag auf Deutsche aufrufen und anführen dürfen und daß der Staat anscheinend nicht den Willen oder die Macht aufbringt, deutsche Staatsbürger zu schützen.

In Zukunft eine festere Hand.

An Regierungsstelle wird erklärt, daß die Untersuchungen über eine etwaige Verfehlung der Berliner Polizei bei den gestrigen Straßenkämpfen zwar noch nicht abgeschlossen sind, daß aber schon jetzt der Eindruck bestehe, als sei das verspätete Eintreffen der Polizei nur auf die Nachlässigkeit einer vorgesetzten Stelle zurückzuführen. Ob der Polizeipräsident selbst, oder, wie von ihm erklärt wird, eine nachgeordnete Stelle seine Befehle ungenügend ausgeführt hätte, werde die Untersuchung lehren.

Besonders heftig wird die Tatsache kritisiert, daß ursprünglich nur ein Kommando von 6 Polizisten aufgeboten worden ist, trotzdem selbst der Vorwärts auf den Ernst der Dinge vorzeitig hingewiesen hat. Ob die gestrigen Vorgänge nur den Auftakt zu einer Reihe neuer Putsche darstellen, gilt noch als fraglich, immerhin spricht so manche Anzeige dafür. So erklärt man an Regierungsstelle, daß die Kommunisten die gegenwärtige wirtschaftliche Notlage dazu benützen wollen, um die Masse vor ihren Wagen zu spannen. Die Regierung sei aber, so wird uns versichert, fest entschlossen, in Zukunft mit harter Hand einzugreifen.

Einführung des neuen Reichsgerichtspräsidenten.

Im Reichsgericht fand gestern in Gegenwart der Mitglieder des Reichsgerichts, der Reichsanwaltschaft und der Rechtsanwaltschaft beim Reichsgericht die feierliche Einführung des neuernannten Präsidenten des Reichsgerichts, Reichsministers a. D. Dr. Simons, durch den Reichspräsidenten Ebert im Beisein des Reichsjustizministers Radbruch statt. Reichspräsident Ebert hielt hierbei folgende Ansprache:

Es ist mir eine angenehme Pflicht, den neuen Präsidenten des Reichsgerichts persönlich in sein Amt einzuführen. Ich meine, es ist ein für die Nation bedeutsames Ereignis, wenn in die Stelle des höchsten Richters des Deutschen Reiches ein neuer Mann eintritt. Wohl ist es bisher das Geschick der Rechtsprechung, ihr wohltätiges Werk in der Stille zu tun, ohne Dank und Ruhm und beachtet nur dann, wenn berechtigtes oder unberechtigtes Mißfallen die Beachtung der Allgemeinheit auf sie lenkt. Um unsere Justizkritik steht es äußerlich, wie es um eine jede Kritik stehen würde, die nur die schlechten Leistungen mit herbem Tadel verzeichnet, der guten aber mit keinem Wort der Anerkennung gedenken würde. Es sollte anders sein. Eine zielbewußte Erziehung zum Gemeinwesen müßte auch dies bewirken, daß Recht und Rechtspflege als ein gemeinsames Gut im Bewußtsein und Herzen unseres Volkes lebten, und daß die Männer, die die vornehmste Verkörperung deutscher Rechtskultur sind, in der öffentlichen Meinung einen ganz anderen bedeutsamen Platz einnehmen, als dies heute der Fall ist.

Still und schlicht war auch der Mann, in dessen Händen zuletzt das Amt des Reichsgerichtspräsidenten ruhte, ernst und streng, ein Mann der Grundsätze und des Charakters, durch und durch ein Mann des Rechtes. Ich habe in schwersten Tagen gemeinsamer Arbeit am Reiche seine Sachlichkeit, Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit, seine hinter äußerer Herbheit verborgene tiefe Güte auf das höchste schätzen gelernt. Er war einer von jenen Verantwortungsvollen, denen unser Gemeinwesen in seinen schwersten Tagen zu einem guten Teile seinen Weiterbestand zu danken hat, einer von jenen Männern, die tiefeingewurzelte, liebgewordene Empfindungen geschichtlichen Notwendigkeiten zum Besten des Vaterlandes unterzuordnen wußten. Ich werde seiner immer dankbar gedenken.

Lloyd George in Manchester.

Lloyd George hielt am Sonnabend in Manchester die angekündigte Rede zur Rechtfertigung seiner Orientpolitik. Bemerkenswert ist, daß er nichts davon sagte, daß er abdanken wolle und wann die nächsten Wahlen stattfinden würden.

Lloyd George erklärte, das englische Volk glaube nicht, daß die englische Regierung vorsätzlich versucht habe, England in den Krieg zu stürzen, er betrachte im Gegenteil diese infame Beschuldigung als ein Verbrechen am britischen fair play. Die Regierung habe nicht Krieg, sondern Frieden gestiftet: 1. die Freiheit der Meerengen für den Handel aller Nationen zu sichern, 2. zu verhindern, daß der Krieg nach Europa übergreife, und 3. zu verhindern, daß in Konstantinopel und Thrazien sich das Schauspiel unbegreiflichen Schreckens wiederhole, wie es Kleinasien während der letzten sieben Jahre bot. Die Meerengen seien lebenswichtig für England und die Menschheit. Die britische Regierung könnte sie nicht sperren lassen, ohne damit den größten und wichtigsten Preis aus den Händen zu geben, den England mit seinem Sieg im Weltkrieg davontrug. Wenn die Türken, die jetzt siegestrunken seien, ohne bewaffneten Widerstand zu finden, den Bosporus überschritten hätten und nach Konstantinopel und Thrazien gegangen wären, so sei es fraglich, ob sie wirklich nur bis zur Maritza vorgerückt sein würden. Wer hätte sie aufhalten und verhindern sollen, sich in Westthrazien

SLUB Wir führen Wissen.